

Editorial

### Wer ernten will, muss säen



Diese tief sinnige Sentenz des römischen Staatsmannes Cicero gilt ebenso für die Landwirtschaft wie auch in der Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik (BFI). Als Bund und Kantone die Förderung des BFI-Bereichs als politische Priorität festlegten, schufen sie den Boden für die erfolgreiche Entwicklung des Wissensplatzes Schweiz. Heute ernten wir die Früchte des konstanten Mittelwachstums früherer Jahre.

2016 wird das neu zusammengesetzte Parlament mit der BFI-Botschaft 2017-2020 über die künftigen Rahmenbedingungen für unsere Hochschulen und Forschungsinstitutionen entscheiden. Die Voraussetzungen sind schwierig: Infolge des starken Frankens und der geplanten Sparmassnahmen wird das Mittelwachstum in den kommenden Jahren tiefer ausfallen als in der Vergangenheit. Im Rahmen der Möglichkeiten müssen wir aber die richtigen Schwerpunkte setzen.

Die beiden Wissenschaftskommissionen (WBK) haben in den letzten Monaten das Feld vorbereitet. Mit einer Kommissionsmotion fordern sie den Bundesrat auf, den BFI-Bereich auch künftig prioritär zu behandeln. Die Reformen in der höheren Berufsbildung, in der humanmedizinischen Ausbildung sowie bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Innovation können nur mit den notwendigen Mitteln umgesetzt werden. Denn wir müssen heute säen, was wir morgen ernten wollen.

**Ivo Bischofberger**

Ständerat,  
Mitglied Politikerteam FUTURE

Finanzierung der Schweizer Hochschulen

## Das Parlament kann das Ruder herumreissen

**Das Programm zur Stabilisierung der Bundesfinanzen in den Jahren 2017-2019 trifft Bildung, Forschung und Innovation (BFI) stärker als andere Bereiche. Der Bundesrat sieht in diesen drei Jahren Entlastungen von rund 555 Millionen Franken vor. Das Parlament hat begonnen, dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken.**

Der Bundesrat steht unter Spardruck. Erstmals seit neun Jahren resultierte 2014 im Bundeshaushalt ein leichtes Defizit. Die Folgen sind bekannt: Für das laufende Jahr 2015 wurden auf Ausgabenseite Kürzungen vorgenommen. Der Voranschlag für 2016, über den das Parlament in der Wintersession entscheiden wird, sieht im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) nur ein sehr geringes Wachstum vor (siehe Kasten). Ausserdem will der Bundesrat den Haushalt in den Jahren 2017-2019 mit einem Stabilisierungsprogramm bereichsübergreifend um rund eine Milliarde Franken pro Jahr entlasten. So hofft er, die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten zu können.

Im Rahmen dieses Programms ist im BFI-Bereich eine überdurchschnittlich starke

Drosselung des Mittelwachstums geplant. Konkret sind Einsparungen von 152,3 Millionen im 2017, 188,6 Millionen im 2018 und 214,4 Millionen Franken im Jahr 2019 vorgesehen. Diese Kürzungen gegenüber dem Finanzplan werden sich direkt auf die BFI-Botschaft 2017-2020 übertragen, die voraussichtlich im Februar 2016 publiziert wird. Für die vierjährige Periode ist nur noch mit einem nominalen Mittelwachstum von rund 2,2 Prozent zu rechnen. Das bedeutet eine starke Verlangsamung im Vergleich zur laufenden Periode, für die ein Wachstum von 3,7 Prozent geplant war.

Das Parlament hat die ernste Situation erkannt: In der Sommersession stimmte der Nationalrat einer Motion seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) zu, die vom Bundesrat ausreichende finanzielle Mittel für die Umsetzung der notwendigen Reformen im BFI-Bereich fordert. Auch die Mehrheit der WBK-S will die Förderung des BFI-Bereichs weiterhin als prioritäre Aufgabe des Bundes festlegen. Mit 10 zu 2 Stimmen empfiehlt sie dem Ständerat die Motion ihrer Schwesterkommission in modifizierter

*Fortsetzung auf Seite 2*

### Budget 2016: Kürzung um 190 Millionen

Im Voranschlag für das Jahr 2016 setzt der Bundesrat den Rotstift an. Insgesamt will er das Ausgabenwachstum im kommenden Jahr um rund 3,8 Milliarden Franken drosseln. Massive Einschnitte sind auch bei der Förderung von Bildung, Forschung und Innovation vorgesehen. Gegenüber dem ursprünglich geplanten Rahmenkredit werden rund 190 Millionen Franken gekürzt. Alleine im Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen sollen im kommenden Jahr 98 Millionen Franken gespart werden. Die kantonalen Universitäten müssen auf 32 Millionen und die Fachhochschulen auf über 17 Millionen Franken verzichten. Weitere Einsparungen von knapp 20 Millionen Franken sieht der Bundesrat beim Schweizerischen Nationalfonds vor. Diese Sparmassnahmen drohen nun sogar noch umfassender auszufallen: Die Finanzkommission des Nationalrats beantragt, die Mittel für die Forschungsförderung zusätzlich um weitere 5 Millionen zu kürzen.

Fortsetzung von Seite 1

Form zur Annahme. Im Unterschied zum Nationalrat verzichtet die WBK-S darauf, im Vorstoss eine konkrete Wachstumszahl für die Jahre 2017–2020 festzuschreiben. Sie begründet dies mit den unsicheren wirtschaftlichen Perspektiven. Die kleine Kammer wird in der Dezembersession 2015 über den Vorstoss entscheiden.

### Dringende Reformen umsetzen

Die drastische Verlangsamung der Wachstumsrate trifft die Hochschulen in einer

Phase der Unsicherheit. Heute ist die Zukunft der internationalen Beteiligung des Wissensplatzes Schweiz im Rahmen der bilateralen Verträge mit der Europäischen Union völlig ungewiss. Gleichzeitig gibt es im Inland an verschiedenen Fronten dringenden Reformbedarf: In der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung sowie in der Innovationsförderung sind neue Impulse notwendig. Es braucht zusätzliche Studienplätze in der Humanmedizin, wenn der Ärzte-Bedarf gedeckt werden soll. Und der Werkplatz Schweiz ist auf eine

Stärkung der höheren Berufsbildung angewiesen.

In diesem Kontext ist das Begehren der beiden WBK sowohl für die Zukunft der Schweizer Hochschullandschaft als auch für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts von grosser Bedeutung. Nun ist es am neuen Parlament, im Hinblick auf die anstehenden Herausforderungen die Prioritäten zu setzen.

## Humanmedizinische Ausbildung

# Neues System für mehr Studienabschlüsse

Im Jahr 2014 wurden an den fünf medizinischen Fakultäten der Schweiz rund 860 Diplome in Humanmedizin ausgestellt (siehe Grafik). Um den Bedarf an Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz decken zu können, wären aber jährlich zwischen 1200 und 1300 Abschlüsse erforderlich. Diese Lücke wollen Bund und Kantone bis in das Jahr 2020 schliessen. Laut einer aktuellen Studie, die im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) verfasst wurde, ist dieses Ziel jedoch nur erreichbar, wenn die Strukturen in der Ärzteausbildung angepasst werden. Darum empfiehlt der Autor, der ehemalige Rektor der Universität Basel, Antonio Loprieno, im Masterstudium sogenannte Medical Schools nach angelsächsischem Vorbild einzuführen.

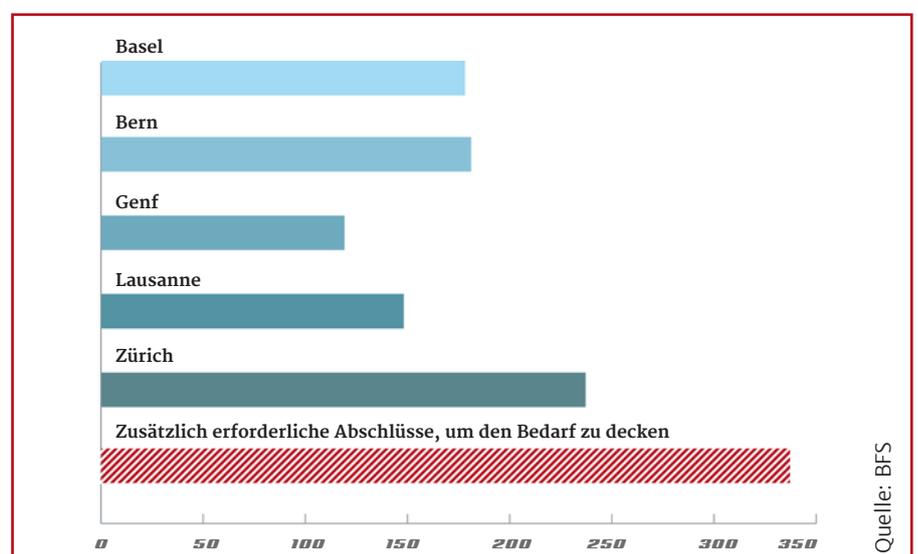
Medical Schools werden gemeinsam von Hochschulen und Spitälern geführt und ermöglichen in einem dreijährigen Masterstudium die klinische Ausbildung. Voraussetzung für den Besuch einer Medical School wäre eine naturwissenschaftliche oder medizintechnische Grundausbildung auf Bachelorniveau, in der ausschliesslich vorklinisches Wissen vermittelt wird. Dies im Unterschied zum heutigen Medizinstudium, in dem vorklinische und klinische Ausbildung über sechs Jahre einheitlich und aufeinander aufbauend erfolgen.

### Flexibilisierung der Ausbildung

Ein Systemwechsel könnte laut dem Bericht eine Flexibilisierung der humanmedizinischen Ausbildung bewirken und diese für Studierende aus anderen Fächern öffnen. So liessen sich mehr Ärzte ausbilden und die Studienkosten – vor allem auf der vorklinischen Bachelorstufe – senken. Ausserdem könnten sich die einzelnen Medical Schools in Zusammenarbeit mit den Spitälern auf bestimmte Fachgebiete spezialisieren, beispielsweise in Allgemeinmedizin oder Medizintechnik.

Der Bundesrat will die Möglichkeiten eines Systemwechsels in der humanmedizinischen Ausbildung gemeinsam mit den Kantonen prüfen. Bereits zuvor hatte er für die Periode 2017–2020 zusätzliche Mittel im Umfang von 100 Millionen Franken in Aussicht gestellt. Diese zusätzlichen Mittel sollen dazu dienen, die Abschlusszahlen in Medizin in der Schweiz zu erhöhen.

### Eidgenössische Diplome in Humanmedizin im Jahr 2014



## in kürze

### Bruno Staffelbach wird Rektor der Universität Luzern

Bruno Staffelbach übernimmt per 1. August 2016 das Amt des Rektors an der Universität Luzern. Er tritt die Nachfolge von Professor Paul Richli an. Staffelbach ist seit 1992 Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Zürich und war während zwölf Jahren Mitglied des Universitätsrats der Universität Luzern.

### swissuniversities: Michael Hengartner neuer Präsident

Die Plenarversammlung der Rektorenkonferenz der Schweizerischen Hochschulen swissuniversities hat Michael Hengartner zum neuen Präsidenten gewählt. Hengartner ist Professor für Molekularbiologie und Rektor der Universität Zürich. Er wird die Ende 2015 abtretende Präsidentin Martine Rahier ablösen.

### Maurice Campagna wird Präsident der Akademien

Die Delegiertenversammlung wählte Maurice Campagna zum neuen Präsidenten der Akademien der Wissenschaften Schweiz. Campagna war als Professor für Physik unter anderem an der ETH Zürich tätig und bringt Erfahrungen aus dem wirtschaftlichen Umfeld mit. Er ist für vier Jahre gewählt und übernimmt das Amt von Professor Thierry Courvoisier per 1. Januar 2016.

### Schweiz seit fünf Jahren an der Spitze des Global Innovation Index

Zum fünften Mal in Folge belegt die Schweiz den ersten Rang im Global Innovation Index (GII). Auch im Jahr 2015 ist die Schweiz vor Grossbritannien und Schweden platziert. Der GI wird jährlich von der Cornell University, der Wirtschaftshochschule INSEAD und der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) erstellt.

### THE-Ranking: 10 Schweizer Unis in Top 500

Im Times-Higher-Education-Ranking 2015/2016 sind erstmals zehn Schweizer Hochschulen in den Top 500 klassiert. Die ETH Zürich macht vier Plätze gut und liegt neu auf Rang neun. Die EPFL verbessert sich auf Platz 31. Die Universitäten Basel (101), Zürich (104), Genf (131) und Lausanne (144) fallen allesamt zurück. Hingegen verbessern sich die Universitäten Bern (120) und Freiburg (200-250). Neu sind die Universitäten St. Gallen (350-400) und Neuenburg (400-500) unter den Top 500.

### ETH Zürich im QS-Ranking in den Top Ten

Die ETH Zürich macht im internationalen QS-Ranking 2015 drei Plätze gut und liegt neu auf Rang neun. Die ETH Lausanne verbessert sich von Rang 17 auf Rang 14. Unter den besten 200 Hochschulen sind fünf weitere Schweizer Hochschulen klassiert: die Universitäten Zürich (85), Genf (89), Basel (139), Lausanne (143) und Bern (166). Diese fünf Universitäten büsst den Vergleich zum Vorjahr Plätze ein.

### WBK-S beantragt Beteiligung am Betrieb von European XFEL

Die Mitglieder der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) beantragen ihrem Rat einstimmig, der Weiterbeteiligung der Schweiz an der Forschungsanlage European XFEL zuzustimmen. Die Schweiz soll sich am Betrieb der europäischen Forschungsinfrastrukturanlage jährlich mit 1,8 Millionen Franken beteiligen.

### Schweiz hatte 2007-2013 höchste Erfolgsrate beim ERC

Die Schweiz erhielt im Rahmen ihrer Assoziierung am 7. Europäischen Forschungsrahmenprogramm von 2007 bis 2013 am fünfmeisten Förderungen vom Europäischen Forschungsrat (ERC). Laut einer Analyse des ERC gingen 7,2 Prozent aller Förderungen an Forschende in der Schweiz. Darüber hinaus wiesen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Schweizer Forschungsinstitutionen in dieser Periode die höchste Erfolgsrate auf.

### Erasmus+: mehr Projekte als im Vorjahr

Die Anzahl der bewilligten Projekte im Rahmen der Übergangslösung für Erasmus+ stieg im Jahr 2015 um elf Prozent. Dies gab die «ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit» bekannt, die seit dem Ausschluss der Schweiz von den europäischen Bildungsprogrammen für die Umsetzung der Übergangslösung zuständig ist. Auf allen Bildungsstufen ist eine Zunahme der Projekte zu verzeichnen. Die Priorität liegt auf der Förderung der Mobilität.

#### Impressum

© Netzwerk FUTURE 2015

Münstergasse 64/66, 3011 Bern  
T 031 351 88 46  
info@netzwerk-future.ch  
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE fördert den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.